

Inhalt

I.	Neuer OECD Bericht zur deutschen Wirtschaft	2
II.	Deutschland könnte die Richtlinien des EU Stabilitätspakts einhalten	3
III.	Pläne zur Unternehmenssteuerreform in Deutschland	4
IV.	Reform des deutschen Gesundheitssystems	4
V.	Ladenschlussgesetz aufgehoben	6
VI.	München ist wieder Nr. 1	6
VII.	Deutschland verschärft Antiterrorgesetze	7
VIII.	Deutsche Industrie fordert Reform des Zuwanderungsgesetzes	8
IX.	Erste grüne Weltmeisterschaft	9
X.	Politische Agenda in Deutschland 01-15.07.2006	10

TÜSİAD – VERBAND TÜRKISCHER INDUSTRIELLER UND UNTERNEHMER**TÜSİAD DEUTSCHLAND VERTRETUNG****1 Juli 2006**

I. Neuer OECD Bericht zur deutschen Wirtschaft

Die OECD hat am 30. Mai 2006 einen neuen Bericht zur deutschen Wirtschaft veröffentlicht. Laut *“Economic Survey of Germany 2006 Report”* verbesserte sich die deutsche Wirtschaft und deutete Wachstum an. Die Herausforderungen in diesem Zusammenhang sind, einerseits in Bereichen, wie langfristiges Wachstum, Arbeitsmarkt, Nachhaltigkeit des Budgets, Verbesserungen anzustreben, andererseits die im Exportsektor eingesetzte Genesung auf andere Bereiche auszudehnen. Sowohl innere wie auch äußere Faktoren können zu einer dynamischen Expansion beitragen, obwohl nur innere Faktoren im Einflussbereich der deutschen Regierung liegen. International sind anhaltendes starkes Wachstums und günstige Finanzbedingungen wichtig. Intern ist der reformierte Produktmarkt ein Bereich, der das Potential zu einem langfristigen Aufstieg und vermehrten Einnahmen, somit zu einer Reduzierung des öffentlichen Defizits durch höhere Steuereinnahmen hat.

Finanzielle Konsolidierung müssen mit Reformen im öffentlichen Sektor verbunden werden. Während in den letzten Jahren bedeutende Fortschritte bei der Einsparung gemacht wurden, wurde dennoch die Defizitgrenze überschritten. Eine glaubwürdige Konsolidierungspolitik, die die Ausgabenkontrolle mit den Reformen des öffentlichen Sektors verbindet und Verzerrungen im Steuersystem vermeidet, ist nötig, um die Kernaufgaben des Staates effizienter zu gestalten. Die Mehrwertsteuer wird erhöht, um die strukturellen Defizite mit Hilfe einer Kompensierung der Ausfälle durch die letzten Steuersenkungen auszugleichen. Ein großer Teil der Mehreinnahmen wird genutzt, um die Sozialversicherungsbeiträge zu senken.

Die Effizienz des Bildungssystems muss erhöht werden. Die Sicherstellung einer hohen Anzahl von qualifizierten Arbeitnehmern ist Grundlage zur Erlangung neuer Technologien. Die Schulen müssen regelmäßig hinsichtlich der landes- bzw. bundesweiten Standards evaluiert werden. Die staatlichen Zuschüsse für die Universitäten müssen mehr am wissenschaftlichen Ergebnis orientiert sein. Universitäten sollten in autonomere Einheiten, die die Möglichkeit zur Erhebung von Studiengebühren in Kopplung an ein Darlehenssystem haben, umstrukturiert werden.

Eine Fortsetzung der Reformen des Arbeitsmarktes ist nötig, um Arbeitsplätze zu schaffen. Wichtige Schritte wurden in den letzten drei Jahren implementiert. Viele Maßnahmen sind Schritte in die richtige Richtung. Dennoch müssen die Reformen vertieft und ausgeweitet werden, um ein nachhaltiges Moment zur Verbesserung der Arbeitsmarktlage zu erreichen. Eine institutionelle Reform der Arbeitsagentur ist nötig, um eine bessere Arbeitsvermittlung zu

gewährleisten. Hürden für ältere Arbeitnehmer und Frauen müssen beseitigt werden. Außerdem sind flexiblere Arbeitsverträge nötig, während eine Segmentierung des Arbeitsmarktes vermieden werden muss.

Regulierungen des heimischen Marktes und Dienstleistungssektors müssen wettbewerbsfreundlich sein. Deutschland muss Maßnahmen ergreifen, um die Bürokratie für die Unternehmen und staatliche Einwirkungen im Wirtschaftsbereich durch Privatisierungen zu senken. Bestimmungen, die Kleinunternehmer bevorzugen müssen novelliert werden.

http://www.oecd.org/document/6/0,2340,en_2649_201185_36778438_1_1_1_1,00.html

II. Deutschland könnte die Richtlinien des EU Stabilitätspakts einhalten

Am 5. Juni verkündete Finanzminister Peer Steinbrück auf einer Pressekonferenz in Berlin den Bundeshaushalt 2007. Laut Steinbrück konnten die öffentlichen Ausgaben unter Kontrolle gebracht und zum ersten Mal seit 2002 die EU-Stabilitätskriterien eingehalten werden. Er sagte, dass Deutschland wieder zu seiner „verantwortungsvollen Rolle“ in den Europäischen Finanzangelegenheiten zurückkehre. Das Budgetdefizit liegt unter 3 % des BIP. Das ist der Höchstsatz, den der 1998 zur Unterstützung des Euro geschnürte Stabilitätspakt erlaubt.

Die Europäische Kommission hatte für 2006 mit einem Defizit von 3,3 % gerechnet. Sie lobte die Regierung der Bundeskanzlerin Merkel, die durch Einschnitte und Steuererhöhungen das Defizit in 2007 auf 2,5 % senken konnte. Steinbrück meinte, das Defizit werde anschließend jedes Jahr um 0,5 % bis auf 1 % in 2010 sinken.

Steinbrück begründete die sonnigen Aussichten mit der erstarkenden Wirtschaft in Deutschland. Aber Wirtschaftsexperten warnen, dass die meisten Staatseinnahmen von den Steuern abhingen, diese wiederum von den Haushaltsschwankungen. Nach der Finanzkonsolidierung Deutschlands, übertreten unter den 12-Euro-Länder noch Frankreich und Italien die Kriterien.

Letzten Monat erklärte der EU Kommissar für Wirtschaft und Finanzangelegenheit Joaquín Almunia, dass Frankreich zwar dieses Jahr die 3 % Grenze erreichen werde, nächstes Jahr aber noch in Frage stehe. Im Falle Italiens sehe es problematischer aus seitdem Premierminister Silvio Berlusconi seinem Nachfolger Romano Prodi ein Haushaltsdefizit von 4,1% hinterließ, das sich dieses Jahr erhöhen könnte. Die Regierung Prodis erklärte, dass sie durch Einsparungen und Steuererhöhungen die Einhaltung der EU-Normen für 2007 erreichen möchte.

Financial Times, International Herald Tribune

III. Pläne zur Unternehmenssteuerreform in Deutschland

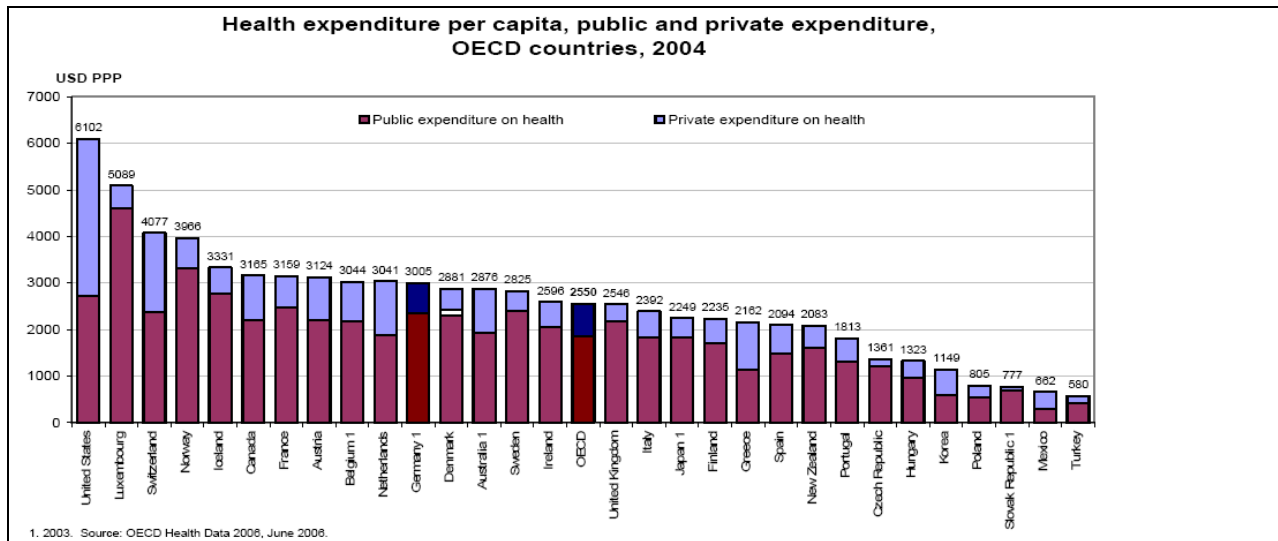
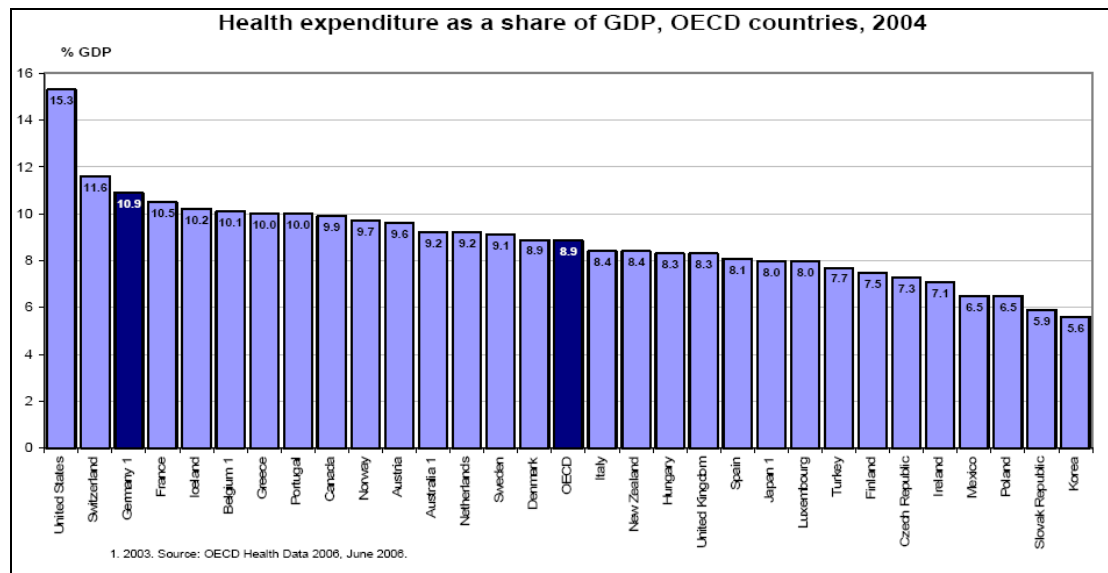
Der deutsche Finanzminister enthüllte seine Unternehmenssteuerreform. Die Reform beabsichtigt das durchschnittliche Steueraufkommen um 9 auf ca. 30 % im Jahr 2008 zu senken. Die Reform wird das Steueraufkommen der Unternehmen um 5 Milliarden Euro pro Jahr senken. Durch die Senkung der Steuerlast für Unternehmen wird Deutschland in Europa attraktiver für Investitionen werden. Der Wandel wurde ausgelöst durch den EU-Beitritt von 8 neuen Mitgliedern, bei denen die Unternehmenssteuer gegen null tendiert.

Die deutsche Regierung mutmaßt, dass es die nominale Unternehmenssteuer ist, die potentielle Investoren von Deutschland abschrecke. Länder, wie Irland oder auch die Slowakische Republik dagegen zogen in den letzten Jahren viele Investoren an. Die Niederlande senken nächstes Jahr die Steuern auf Gewinne von 34,5 % auf 30 %. Österreich senkte seine Unternehmenssteuer von 34 % auf 25 %. In vielen anderen Ländern sind die Steuern sogar tiefer: Polen und die Slowakische Republik erheben 19 % auf Unternehmensgewinne, während Estland keine Steuern erhebt, wenn die Gewinne re-investiert werden.

Handelsblatt, Financial Times

IV. Reform des deutschen Gesundheitssystems

Laut einer OECD Studie gibt Deutschland fast 11 % seines BIP für das Gesundheitssystem aus. Das sind pro Person 3005 USD, mehr als in Frankreich, Österreich, Italien, Großbritannien, die Niederlande und Spanien. Der OECD-Durchschnitt liegt bei 2550 USD. Die Gesundheitsdaten zeigen im Zeitraum von 1999 bis 2003 eine durchschnittliche Erhöhung von 2 % pro Jahr.



Indessen einigte sich die Große Koalition nach einem 10-Stündigen Marathon am 3. Juli auf ein Reformpaket, das das System, welches seit 123 Jahren besteht, generalüberholen wird. Laut den Offiziellen wird der Deal langfristig das ineffiziente und verschwenderische 140 Milliarden Euro teure Gesundheitssystem auf eine solidere finanzielle Basis stellen. Laut der Übereinkunft werden ab 2008 Steuereinnahmen von jährlich 260 Milliarden Euro zur Deckung der Gesundheitskosten genutzt.

Das Reformpaket bedeutet, dass Gesundheitsbeiträge der Arbeitnehmer und Arbeitgeber ab kommendem Jahr um ca. 0,5 % steigen werden. Aufgrund des gegenwärtigen Gesundheitsbeitrages von 14 % eines Gehaltes, aufgeteilt in Arbeitnehmer- und -geberanteile,

argumentieren Berufsverbände, dass die Reformen die Lohnnebenkosten steigern würden. Unternehmenskreise befürworten eine Gesundheitspauschale, die unabhängig vom Lohn ist.

<http://www.oecd.org/dataoecd/31/5/36957221.pdf>

V. Ladenschlussgesetz aufgehoben

Der Deutsche Bundestag hat beschlossen, das aus dem Jahr 1956 stammende Landesschlussgesetz aufzuheben und es im Sinne der Verbraucher flexibler zu gestalten. Die Aufhebung des Ladenschlussgesetzes ist Teil einer Serie von 25 Maßnahmen zur Reform des föderativen Systems, um den 16 Bundesländern mehr Kompetenzen in Gesundheit, Bildung, Lohnpolitik und Strafrecht zu gewähren. Im Gegenzug zur Dezentralisierung wird die Anzahl der vom Bundesrat zustimmungspflichtigen Gesetze halbiert.

Im Ergebnis können Bundesländer ihre eigenen Öffnungszeiten beschließen. Gegenwärtig sind die Geschäfte verpflichtet um 20 Uhr zu schließen und Sonntags geschlossen zu bleiben. Das ist später als es noch 1996 erlaubt war, als Geschäfte werktags um 18.30 und an Samstagen um 13 Uhr schließen mussten.

Gewerkschaften protestierten gegen die Änderungsvorschläge, da die alten Normen den Familien mehr Freizeit und den kleinen Unternehmen, die nun von größeren Unternehmen vom Markt gedrängt würden, mehr Schutz gewährte. Der Bundesrat stimmt über das Reformpaket am 7. Juli ab. Bei Zustimmung werden die Maßnahmen 2007 wirksam.

In Berlin wie auch in vielen anderen Bundesländern möchte man die Sonntage bis auf ein paar wenige verkaufsoffene Sonntage im Jahr geschlossen lassen.

Deutsche Welle und Die Welt

VI. München ist wieder Nr. 1

In einer Studie der WirtschaftsWoche wurden deutsche Städte gemäß ihres wirtschaftlichen Status' verglichen. Laut der Studie der Top-50 Städte in Deutschland führte München klar vor Frankfurt auf dem zweiten und Stuttgart auf dem dritten Platz.

Die Studie verglich 117 Faktoren, inklusive den gängigen wirtschaftlichen Indikatoren, wie Einkommen, Investitionen und Kaufkraft. Die Studie zog auch Aspekte, wie das kulturelle Leben und die Ärzte-Dichte in Betracht. Anschließend wurden die Faktoren in sechs Kategorien eingeteilt: Arbeit, Gesundheit, Finanzen, Lebensqualität, Wirtschaft und soziale Struktur.

München schaffte es Dank der Kombination des hohen Einkommens und niedrigen Arbeitslosigkeit an die Spitze. Bewohner haben ein jährliches Durchschnittseinkommen von 17.148 Euro, das höchste der Republik. Die Arbeitslosenquote von 9,8 % ist bedeutend niedriger als der Bundesdurchschnitt von 16 %.

Die ostdeutsche Stadt Rostock nahm den letzten Platz ein. Mit Ausnahme Dresdens, platzieren sich alle anderen ostdeutschen Städte auf den letzteren 10 Rängen der Studie. Die Hauptstadt Sachsens, Dresden, verbesserte sich am signifikantesten vom 30. auf den 10. Platz. Das macht Dresden zum wirtschaftlich attraktivste Standort in Deutschland.

Nichtsdestotrotz zeigte die Studie, dass verschiedene ostdeutsche Städte, wie Magdeburg, Leipzig und Chemnitz hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Leistung eine enorme Verbesserung zeigten. Im Gegenteil zur Studie aus dem Jahre 2005 sind es diesmal nicht nur ostdeutsche Städte, die im unteren Teil landeten. Dieses Jahr gehören die westdeutschen Städte Gelsenkirchen, Lübeck und Berlin zu den letzten fünf.

Aufgrund seiner hohen Arbeitslosenquote von 21,5 % und niedrigem Durchschnittseinkommen von 23.460 Euro, landete die deutsche Hauptstadt auf Platz 48 des Gesamtindexes.

<http://www.wiwo.de/pswiwo/fn/ww2/sfn/buildww/id/2146/fm/0/SH/0/depot/0/index.html>

VII. Deutschland verschärft Antiterrorgesetze

Im Zuge des 11. Septembers verabschiedete der deutsche Gesetzgeber eine Reihe von Antiterrorgesetzen, die Ende diesen Jahres ihre Gültigkeit verlieren werden. Der Deutsche Bundestag einigte sich auf eine Vorlage, die Gesetze aus dem Jahre 2001 nicht nur zu verlängern, sondern sie im Juli 2006 zu verschärfen.

Die Gesetze, die 2002 in Kraft traten, erlauben der Polizei und dem Geheimdienst Telefonate, Emails, Fax, Kontoauszüge und Reisedaten als Informationsquelle zu nutzen. Laut der neuen Vorlage wird der Zugang zu obigen erweitert. Zusätzlich wird der deutsche Nachrichtendienst BND einen größeren Zugriff auf die Datenbanken der Polizei haben.

Bis heute wurden die Antiterrorgesetze in Verdachtsfällen angewendet. Falls die Vorlage gebilligt wird, wird das neue Gesetz ausgeweitet. Das Gesetz erlaubt Konsequenzen für Personen, die zwar extremistischen Organisationen angehören, aber keine Terrorverdächtigen sind.

Der Vorschlag, der darauf abzielt sowohl islamistische Fundamentalisten wie auch Rechtsextreme zu bekämpfen, soll nach der Sommerpause dem Parlament vorgelegt werden.

Der Vorschlag rief heftigen Widerstand der Opposition hervor. Die Grünen und die Liberalen kritisierten, dass die neuen Gesetze ein weiterer Schritt in Richtung eines Orwellschen Überwachungsstaates seien.

Falls die vorgelegten Änderungsvorschläge des Antiterrorgesetzes nach der Sommerpause verabschiedet werden sollten, müssen die Gesetzgeber ihre Entscheidung mit einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts im Mai, dass die Rasterfahndung für nicht verfassungskonform erklärte, abstimmen.

Deutsche Welle

VIII. Deutsche Industrie fordert Reform des Zuwanderungsgesetzes

Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt kritisierte Deutschlands gegenwärtige Zuwanderungspolitik und forderte eine Reform. Laut BDA leide die deutsche Wirtschaft unter dem Mangel qualifizierter Arbeitskräfte und warnte, dass falls keine geeigneten Kräfte unter den Deutschen gefunden würden, müsse, um die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands zu sichern, nach Fachkräften mit Migrationshintergrund Ausschau gehalten werden. Die Führer der deutschen Industrie sagte, dass zu viele unqualifizierte Kräfte und nur wenige Spezialisten und Akademiker die deutschen Schulen verlassen würden. Die demografische Entwicklung des Landes verspricht die Lage zu verschärfen angesichts der Tatsache, dass die Anzahl der Arbeitnehmer im Jahr 2050 um ca. 10 Millionen sinken werde.

Die letzte Migrantenstatistik im Juli enthüllte, dass die Zahl der nach Deutschland kommenden Immigranten auf ihrem niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung im Jahre 1990 sei. Letztes Jahr kamen nur 580.000 Immigranten nach Deutschland, 4 % weniger als das Jahr davor. Umgekehrt verließen mehr Deutsche das Land bzw. wanderten aus.

Aber die Integration der Millionen Einwanderer war nicht besonders erfolgreich. Ca. 40 % der Schulabgänger mit Migrationshintergrund haben keinen Hauptschulabschluss oder eine andere Berufsausbildung.

Für Dieter Hundt beweist die hohe Arbeitslosenquote innerhalb dieser Gruppe, dass Deutschlands Integrationspolitik versagt habe und die Bedürfnisse des Landes nicht befriedigen könne. Er sagt, dass die Kindern aus Migrantenfamilien nicht genügend unterstützt würden und das Potential von Millionen Menschen dieses Landes verschwendet würde.

Andererseits ist laut Innenminister Wolfgang Schäuble die Mehrheit der Jugendlichen mit Migrationshintergrund in einem Arbeitssektor, der kaum Ausbildung und Qualifikation verlange. Daher forderte er eine Reform des Niedriglohnsektors; denn ohne das Schaffen neuer Arbeitsplätze in diesem Sektor würde Schwarzarbeit anwachsen.

Weniger als 24 % der deutschen Unternehmen bieten Ausbildungsplätze für junge Menschen an, obgleich nur 15 % der Unternehmer von Migranten welche anbieten. Laut Nihat Sorgec, Direktor des Bildungswerks Kreuzberg, der mit vielen türkischstämmigen Unternehmern zusammenarbeitet, sollte sich dies ändern,

“In der Zwischenzeit sind mehr als 60.000 türkischstämmige Geschäftsleute in Deutschland. Sie beschäftigen mehr als 320.000 Leute und haben einen Jahresumsatz von über 30 Milliarden Euro," sagte er. "Laut Schätzungen wird sich diese Zahl in den nächsten 10 bis 15 Jahren verdoppeln."

Aber Statistiken wie diese reichen nicht aus, um das Problem eines zukünftigen Mangels an qualifiziertem Personal zu beheben, sagt Dieter Hundt. Er fordert zu einem Wandel der Integrationspolitik in Deutschland auf. Beispielsweise würde er gerne, die Einwanderung nach Deutschland mit der Qualifikation, wie Bildung, Arbeitserfahrung und Sprachkenntnisse verknüpfen.

Deutsche Welle

IX. Erste grüne Weltmeisterschaft

Die Weltmeisterschaft 2006 sei besonders umweltfreundlich und habe ein spezielles grünes Konzept. Einige der Scheinwerfer in den Weltmeisterstadien bezögen sogar ihre Energie aus Solarenergieanlagen.

Diese Initiativen bewegen sich im Rahmen des offiziellen FIFA Umweltschutzkonzeptes für die Weltmeisterschaft 2006. Das „Grüne Tor“ genannt, zielt es auf die Reduzierung der negativen Auswirkungen des Turniers auf die Umwelt und präsentiert Deutschlands Anstrengungen alternative Energiequellen zu fördern.

Herman Scheer, Vorsitzender von Eurosolar, eines europäischen nichtkommerziellen Vereins für erneuerbare Energien, sagt, dass es wichtig sei, heute schon Solarenergie zu nutzen, um zukünftige Krisen zu vermeiden. Während Solarenergie die logischste und ökologischste zukünftige Energiequelle ist, darf man aber die hohen Investitionskosten nicht ignorieren.

Besonders auffällig war beim letzten Turnier die geringere Anzahl der Autos, weniger Verkehrsstau und leere Parkhäuser an den Stadien. Ebenso fehlten auch viele der gewohnten Müllberge Dank der Grünen-Tor-Initiative.

In der Tat wurde das Ziel, die Emmission um 100.000 Tonnen zu reduzieren fast erreicht. Aber die Tatsache, dass 2/3 der Zuschauer ihre Autos zu Hause ließen und mehr als die Hälfte öffentliche Transportmittel nahm half wesentlich.

<http://greengoal.fifaworldcup.yahoo.net/en/home/>

X. Politische Agenda in Deutschland 01-15.07.2006

- 02.07., **Bündis 90 / Die Grünen Hamburg - Regionalkonferenz**, Bürgerhaus Wilhelmsburg, **Hamburg**
- 03.07., **Besuch des Bundespräsidenten**, Bundespräsident Horst Köhler besucht auf Einladung des Konzerns den Siemensstandort Limbach
- 04.07., **"Gesundheitspolitik aktuell - Große Koalition, große Reform?"**, Auf dem BKK-Forum spricht u.a. Manfred Zach, **BKK, Ludwigsburg**
- 05.07., **President's Lecture**, BTP Lammert spricht zum Thema "Freiheit und Universität", **FU, Berlin**
- 06.07., **Konferenz zur Gesundheitsreform**, Mit MdB Bahr, Handelsblatt, **Hotel Palace, Berlin**
- 07.07., **Zwischen Instabilität und Integration**, Sommerseminar zu Europäischen Perspektiven für den Balkan, FNST, **Bildungszentrum, Erkner**
- 10.07., **International Terror and International Justice**, Gespräch aus Reihe "Berlin Dialogue" des CES, **Hertie School of Governance, Berlin**
- 11.07., **Eröffnung UN-Campus**, UN-Generalsekretär Kofi Annan und BK Angela Merkel eröffnen den UN-Campus in Bonn, **IKBB Bonn**
- 13.07., **Berlin - Schauplatz deutscher Politik**, Tagung über die Rolle der Deutschen Hauptstadt als Metropole, **FNST, Berlin**
- 14.07., **CSU Grundsatzkommission**, Kongress unter dem Vorsitz des MP und Parteivorsitzenden Stoiber, **München**

V.i.S.d.P:
Alper Ücok
TÜSIAD Berlin Office
Märkisches Ufer 28
10179 Berlin
berlinoffice@tusiad.org